

Posener Zeitung.

N^o 27.

Freitag den 1. Februar.

1850.

Inhalt.

Deutschland. Posen (Wahlangelegenheit); Erfurter Hausmannskopf; Berlin (Ministerportefeuille Gerlach's; Sieg d. conserv. Revisionärs; Radowicz's Anwesenheit); Breslau (Wahlmänner-Vers.; Ränder; Abaus (Ackerbauminist.); S. v. Beckedorf); Kiel (Antwortschreib. an d. Vertrauensmänner).
Oesterreich. Wien (Vergift. Dem's; Wölfe in Ungarn); Prag (Einverleib. d. Judenstadt).
Schweiz. Zürich (Sendung d. Engl. Ges. Lyons; Poln. Flücht.).
Frankreich. Paris (Päpfil. Anleihe; La Plata-Exped.; Rumfort-Complot; Nat.-Vers.).
Rußland u. Polen. Petersburg (Krieg im Kaukasus; elect. Beleucht.).
Vermischtes
II. R. 92 S. v. 28ten (Antr. betr. Mecklenb.; Seehandlung; d. Rede Mantouffels).
Locales. Posen; Birnbaum; Bronke; Krotoschin; Aus d. Krotoschiner Kr.; Aus d. Schiltberger Kr.; Bromberg.
Chronik Posens.
Anzeigen.

Berlin, den 29. Jan. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Fürstlich Hohenzollern-Sigmaringenschen Hof-Marschall und Major Freiherrn Ludwig von Treusch-Buttlar, und den Fürstlich Hohenzollern-Sigmaringenschen Abputanten und Major Freiherrn Karl von Gesebeck zu Allerhöchsthren Kammerherren zu ernennen.

Deutschland. Wahlangelegenheit.

„It's Gottes Werk, so wird's bestehen,
It's Menschenwerk, wird's untergehn.“

Posen, den 31. Januar. Gestern Abend wurde die angekündigte Vorwahl unter Mittheilung der Wahlmänner aus den Landkreisen abgehalten. Erschienen waren 106 Wahlmänner. Es wurde debattirt, namentlich über die Wahl des Ministers Flottwell, indem von einer Seite her Zweifel über dessen Annahme der Wahl laut wurden, weil derselbe in Elbing gewiß gleichfalls gewählt werden würde. Dagegen fanden sich mehrere Stimmen, die für Herrn Flottwell sprachen, namentlich war der Präsident Klebs dessen lebhafter Fürsprecher, so daß diejenigen, welche für letzteren waren, für Herrn Flottwell stimmten, und derselbe 60, Constat. Rath Grauz dagegen 42 Stimmen erhielt; 4 Stimmen hatten sich zerplittert.

Bei der heut früh um 10 Uhr im Handelsaale vom Landrath v. Hindenburg abgehaltenen wirklichen Wahl waren von 155 Wahlmännern nur 145 erschienen, so daß also 73 Stimmen die absolute Majorität bildeten. Herr Flottwell erhielt hiervon gleich beim ersten Scrutinium 95 Stimmen, Hr. Grauz 50, so daß der Minister Flottwell zum Abgeordneten erwählt ist.

Die aufrichtig constitutionelle Partei brach — wie unser Gewährsmann berichtet — über den errungenen Sieg in allgemeinen Jubel aus — der Vaterlandsverein war total geschlagen, würde aber unfehlbar einen Candidaten durchgebracht haben, der nicht der äußersten Rechten und zugleich der äußersten religiösen Richtung angehört hätte. Möge der Verein seine verdiente Niederlage als einen deutschen Fingerzeig über die in der Stadt und deren Umkreise vorwaltende Stimmung für die richtige politische Mitte beachten. „Ne nimis!“ d. h. „alle Uebertreibung schadet.“

Posen, den 31. Januar. Nachstehende populär gehaltene Abhandlung über die Bedeutung der Erfurter Reichsversammlung geben wir unseren Lesern in der Voraussetzung, daß Manchem damit gebient sein wird. Irren wir darin, so tragen daran wiederholte Aufforderungen, den weniger politisch gebildeten Kreis unserer Leser durch dergl. Artikel über Vorkommnisse, welche die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen oder doch in Anspruch zu nehmen verdienen, ab und zu anzuregen, die Schuld. Von dem Erfolg und der Aufnahme dieses, heut als am Wahltag für Erfurt, verfaßten und deshalb uns zeitgemäß erscheinenden, Artikels wird es abhängen, ob demselben andere dieser Gattung nachfolgen werden.

Erfurter Hausmannskopf.

Wer nicht getroffen sich fühlt, den geht's nicht an,
Wer sich getroffen fühlt, was lernen kann.

Der nachstehende Artikel ist vielleicht Manchem lieb, jedenfalls dem angenehmen, der die Eitelkeit einmal ein wenig bei Seite schiebt, und der Wahrheit die Ehre giebt. Seid mir nicht böse, aber freilich bekommt Euer Deutsches Selbstbewußtsein manch harten Stoß von mir, er thut aber nicht weh, wenn Ihr bedenkt: Ich, er hat wohl Recht. Seht einmal, wer so die Zeitungen zur Hand nimmt und liest seit acht Tagen: bei den Wahlen nach Erfurt hat das Publikum sich nur mit großer Laubeit theilgenommen, der muß doch jedenfalls auch darüber nachdenken, weshalb sich diese Laubeit eingestellt. Das ist nun ein unnützes Geschäft, wird so Mancher sagen, da braucht man ja nur die erste beste demokratische Zeitung zu nehmen, da steht ja klar und offen drin; wozu also noch lange nachdenken? Bequem ist's freilich, so andere Leute für sich denken zu lassen, bequemer noch, das Alles auch so für baare Münze zu nehmen, ob man aber dabei der Sache wirklich auf den Grund kommt — das ist eine andere Frage. Seht, jetzt kommt der erste Stoß, den Eure liebe Eitelkeit, Euer Deutsches Selbstbewußtsein von mir bekommt, seid mir deshalb nicht böse:

Wißt Ihr denn eigentlich, was unsere Deputirten in Erfurt sollen? wißt Ihr denn überhaupt, wie die Einsetzung des Erfurter Reichstags entstanden? Also nicht? Seht so geh's, wenn man andere Leute für sich denken läßt. Ihr habt das Alles mit erlebt, gar eifrig Alles in den Zeitungen gelesen, aber Hand aufs Herz, 6 unter 10 von Euch wissen doch nicht, was das Alles so gekommen. Nun ist eine gar alte und vernünftige Observanz bei unseren Zeitungslesern, ich weiß nicht ob sie hier auch so ist, daß man nämlich einen Artikel, von dem man sich nichts Neues verspricht, auch nicht zu lesen braucht. Wer also

das Alles weiß, der überschlägt diesen Artikel, so Manchen aber von Euch wird die Neugierde treiben; auch giebt es dabei einen ganz hübschen Ausweg, seine liebe Eitelkeit ein wenig ins Sichere zu bringen, man denkt nämlich: Will doch mal sehn, ob das, was er sagt, auch wirklich mit meinen Ansichten übereinstimmt. Also hört, wer's hören will. Bei der Reise, welche die Freiheits-Ideen, erzeugt durch die Februar-Revolution im Jahre 1848 in Frankreich zu uns über den Rhein machten, da machten sie in Baden die erste Station und nahmen frische Pferde. Da waren nun Leute wie Pfister, Hecker, Struve und Brentano, in deren Köpfen es schon lange von einer Republik gespuht hatte, die griffen die Sache zuerst mit Eifer auf. Von dort ging die erste Idee nach einem einigen Deutschland aus; wie durch einen elektro-magnetischen Telegraphen ward der Wunsch danach mit Blitzgeschwindigkeit bis zu Euch hierher getragen.

Mancher schüttelte zwar den Kopf und sagte anfangs, das ist ja dummes Zeug, an ein einiges Deutschland glaub' ich nimmermehr, wir haben ja sogar früher schon einmal ein Deutsches Reich gehabt, das ging Anno 1806 aus dem Leim. Wie also wäre es möglich, was sollte es für Nutzen schaffen, das wieder herzustellen? Da rückten nun die oben erwähnten Leute, zu denen sich noch eine Menge Gleichgesinnter hinzugesellte, mit ihren Ideen heraus. Sie sagten, Ihr habt Recht, auf die Art, wie Ihr denkt, geht's nicht — sind aber erst die 34 Fürsten und Fürstlein beseitigt, dann wird sich's schon machen. Da war nun wieder so Mancher, der konnte dem kühnen Gedankensfluge dieser Leute nicht folgen, weil ihn sein Herz an den ihm angestammten Fürsten band. Nun trat in Frankfurt zuerst die Deutsche National-Versammlung zusammen; aus Eurer Wahl waren die Deputirten hervorgegangen, von Euch hatten sie ihr Mandat erhalten, und das lautete: eine Verfassung für ganz Deutschland zu vereinbaren; vereinbaren zwischen wem? Zwischen Volk und Fürsten. Ihr achtet das Recht der Fürsten, sie, die Fürsten, erkannten an, daß sie von ihrer bisherigen Macht dem Volke Rechte abtreten mußten. Die National-Versammlung enthielt aber eine Menge gar eraltirter Köpfe, die von den Ideen einer Deutschen Republik so angefüllt waren, daß sie darüber Guern Auftrag des Vereinbarens vergaßen. Das Ende des Jahres 1848 brachte die Deutsche Verfassung mit ihren Grundrechten, das neue Jahr einen neuen Deutschen Kaiser — die Wahl war auf unseren König gefallen. Hart war der Kampf gewesen, aus dem man nur mit einer sehr geringen Mehrheit siegreich hervorging. Fast die Hälfte der Vertreter des Deutschen Volks war nicht damit einverstanden, daß man die Deutsche Kaiserwürde Preußen übertrug. Mit welchem Gefühle hätte der König daher diese Krone annehmen sollen, da einmal eine so entschiedene Abneigung sich in der Versammlung schon gegen ihn kund gegeben, dann aber durch die Annahme das ungesetzliche Abweichen von dem Auftrage, die Verfassung zu vereinbaren, von ihm gebilligt, die Deutschen Fürsten gegen ihren Willen um ihre Rechte gebracht worden wären? Er lehnte die Kaiserkrone ab, um so mehr, als die Verfassung nicht so angethan war, daß damals durch die höchste Leidenschaft und Aufregung bewegte Deutsche Vaterland mit derselben in Ordnung zu bringen. Statt dessen schloß er am 26. Mai v. J. mit Sachsen und Hannover ein Bündniß, dessen Statut wörtlich lautet:

„Da unter den gegenwärtigen Verhältnissen die von dem Deutschen Bunde gewährte innere und äußere Sicherheit Deutschlands gefährdet ist, und daher die Umstände zur Herstellung einer einheitlichen Leitung der Deutschen Angelegenheiten, eine engere Vereinigung derjenigen Regierungen, welche entschlossen sind, nach gleichen Grundsätzen zu verfahren, nothwendig machen, so ist unter den Regierungen von Sachsen, Hannover und Preußen, folgender Vertrag geschlossen.“

Art. 1. Zweck: Erhaltung und innere Sicherheit Deutschlands, Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der einzelnen Staaten.

Art. 2. Beitritt: bleibt allen Gliedern des Deutschen Bundes offen.

Art. 3. Die Oberleitung ist der Krone Preußen übertragen. Die Führung der Geschäfte leitet ein Verwaltungsrath.

Art. 4. Um den ersten Willen zu betheiligen, die Verhältnisse Deutschlands in Zukunft nach den Bedürfnissen der Zeit und den Grundsätzen der Gerechtigkeit zu ordnen, verpflichten sich die Verbündeten, dem Deutschen Volke eine Verfassung nach Maßgabe des unter ihnen vereinbarten und diesem Vertrage anzuschließenden Entwurfs zu gewähren. Derselbe wird einer zu berufenen Reichsversammlung vorgelegt.

Art. 5. Provisorisches Bundesgericht, dessen Entscheidung sich die Verbündeten unterwerfen.

Aus diesem s. g. Dreikönigsbündniß ist der Erfurter Reichstag entstanden. Die Aufgabe der nach Erfurt abgeordneten Deputirten ist also, den Entwurf zu einer Deutschen Verfassung zu prüfen. Gezwungen ist kein Staat dem Bunde bei zu treten, jeder Zwang ist auch vom Uebel und erzeugt den Wunsch nach Befreiung von demselben. Das war der Fehler, den man im Jahre 1848 beging, die eraltirten Köpfe wollten eine Despotie ausüben, Niemand wurde gefragt, Alle sollten nach ihrer Pfeife tanzen, die Zeit mit ihren überspannten Ideen kam ihnen zu Hilfe, die große Masse schrie ihnen nach, inbeß keiner derselben ein klares Bild von dem hatte, was er nachschreiend verlangte. Daß so Mancher an einem Erfolge in Erfurt Zweifel hegt, ist hauptsächlich wohl begründet in der Treulosigkeit der Bundesgenossen Sachsen und Hannover. Namentlich trifft dieser Vorwurf die Regierung von Sachsen, die, nachdem sie den Bund beizugeht hat, sich im vergangenen Mai aus den Gefahren der Revolution und des Bürgerkrieges retten zu lassen, aus einer unwürdigen Eifersucht auf die Macht und Größe Preußens jetzt zurücktritt. Das ist kein Deutscher Sinn, deshalb auch die Zweifel über eine Deutsche Einigkeit. Doch auch von anderen Seiten her werden Euch Zweifel angeregt. Die demokratische Partei, die mit dem Sturz der von der Frankfurter National-Versammlung beschlossenen Deutschen Verfassung selbst gestürzt ist, möchte Euch so gern diese Erfurter Verfassung verdächtigen. Und es gelingt ihr auch, weil Ihr wieder einmal bequem Euren Geist

nicht anstrengen wollt, weil Ihr wieder Andere für Euch denken laßt, weil Ihr das von Jenen Gedachte, auch wohl Erfundene, für baare Münze nehmt.

Das glaubt Ihr nicht, oder wollt es nicht glauben, weil es Eure Eitelkeit verletzt, aber Hand aufs Herz: wißt Ihr denn, daß dieser Entwurf dem der Deutschen Frankfurter Verfassung nachgebildet ist, und wenn Ihr das wißt, in wie fern er von derselben abweicht? — Nein? — Nun seht, da seid Ihr wieder einmal auf dem faulen Pferde ertappt, ertappt, wie Ihr wieder nachgeschrieen, was Euch Andere vorgeschagt, ohne zu wissen, was Ihr schreit. Im kurzen Auszuge will ich Euch hier das hauptsächlichste mittheilen: Zuwörderst liegen die meisten Veränderungen in dem Verhältnisse, daß die Verfassung nicht mehr für ganz Deutschland, sondern für einen engeren Bundesstaat bestimmt ist. Hiernach haben sich die §§. 1—67 der Frankf. Verf. hauptsächlich geändert, ohne etwas Wesentliches in den Freiheiten des Volkes vermindert zu haben. §. 68. Die Würde des Reichsoberhauptes wird einem der regierenden Deutschen Fürsten übertragen, hat sich dahin geändert, daß statt dessen ein Fürstencollegium an die Spitze des Bundesstaats treten soll, dessen Vorstand wieder Preußen ist. Abschnitt 4. §. 85 bestimmt nun statt des Reichstages ein Deutsches Parlament mit einem Staaten- und einem Volkshause. In Ersteres, gebildet aus den Vertretern der Deutschen Vereinstaaften, werden die Mitglieder zur Hälfte durch die Regierung, zur Hälfte durch die Volksvertretung gewählt. Das Volkshaus besteht aus den Abgeordneten des Volks. Der Hauptunterschied der beiden Verfassungen liegt hier in dem Wahlmodus. Das Frankfurter Reichswahlgesetz vom 27. März 1849 schreibt unmittelbare (direkte), dagegen das Gesetz vom 26. Nov. 1849 für die Wahlen zum Erfurter Volkshause mittelbare (indirekte) Wahlen vor. Abschn. 6. Grundrechte. Die Frankf. Verf. lautet: Vor dem Gesetze gilt kein Unterschied der Stände, der Adel als Stand ist abgeschafft, die Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Der Erfurter lautet ebenso mit Wegfall des Satzes: Der Adel als Stand ist abgeschafft. Ferner fehlen folgende Bestimmungen: Titel, insoweit sie nicht mit einem Amte verbunden, sind aufgehoben, kein Staatsangehöriger darf fremde Orden annehmen. §. 134. der Frankf. Verf. schafft die Todesstrafe ab, die Erfurter beläßt sie. Bei dem Erfurter Verfassungsentwurf ist der Zusatz zu §. 196 Art. 10, Gewährleistung der Verfassung fortgelassen: Der Zustimmung des Reichsoberhauptes bedarf es nicht, wenn in 3 sich unmittelbar folgenden ordentlichen Sitzungs-Perioden derselbe Reichstagsbeschluß gefaßt worden. Es ist dies das sogenannte suspensive Veto. Das also sind die Hauptveränderungen, sie liegen zum großen Theil in der nicht vollständigen Einigung Deutschlands, zum Theil in der Stellung der Fürsten zum Volke, die nach der Frankfurter Verfassung zu einem Nichts gewandelt war. Jetzt also verlangt einmal von Eurem Geiste, daß er sich rege, daß er sich die Sache ordentlich überlege, ob denn diese Verfassung Euch nicht auch Freiheiten bringt, die dem Vernünftigen um so angenehmer sein müssen, als sie gegen Uebergriffe der entfesselten Leidenschaften schützen und ihm die Gewährleistung bieten, daß der Volksstamm, zu dem er bisher gehört, doch nicht von der Erde verschwinden soll.

Ein so recht vollkommenes, wirklich einiges Deutschland, das wird wohl vorläufig ein frommer Wunsch bleiben. Religion, Gesittung, Lebensart, commercielle Interessen — die Stellung Oesterreichs mit seinen so unbedeutenden Deutschen Besitzungen neben seiner sonstigen Größe, Deutschland gegenüber, das sind Alles Hindernisse, die wir wohl schwerlich heut und morgen überwinden werden.

„Genießt drum, was das Schicksal uns geboten hat.“

Was hinterdrein geschieht, kommt auf ein ander Blatt.“

Berlin, den 27. Januar. Wenn man den Jubel des Anhangs jener Fraktion in Betracht zieht, die das vorletzte Stadium der Verfassungs-Krise ohne Zweifel herbeigeführt und die früheren Hoffnungen einer glücklichen Lösung in den Hintergrund gedrängt hat, so wäre das Ministerium bereits so gut wie hors d'affaires und Herrn v. Radowicz's Rücktritt ebenfalls entschieden. Glücklicher Weise ist aber auch diese Freude — zu voreilig und unzeitig, und ich habe Grund, zu vermuthen, daß die Aufgabe des Herrn von Radowicz nichts weniger als gescheitert zu betrachten ist.

Das schließliche Resultat der Wahlen dürfte doch den sogenannten conservativen „Revisionärs“ das vorläufige Uebergewicht geben. Bleibt zu wissen übrig, ob sie in Erfurt beim Herannahen des 26. Mai, wenn erst für die anderen Staaten gesorgt ist, ihr Programm nicht über Bord werfen müssen. Uebrigens wird man nichts Bestimmtes wissen vor morgen, vielleicht selbst nicht vor den Wahlen der Abgeordneten. Unter den bekannten Namen für heute sind: Veit, Wilibald Alexis (Häring), Abg. Fröhner, Stadtrath Leichter, Georg Stiemes, Kaufmann Gropius u. a. m. — Was die Kräfte betrifft, so schreiben die ministeriellen Correspondenten, v. Radowicz sei für die Bottschaft. Ganz richtig, aber schwerlich wird er gegen irgend welche Amendements sein, welche von governementaler Seite eingebracht würden. Vielleicht rechnet auch die Regierung noch, wenn auch gewiß ohne Berechtigung auf die pure Annahme der Bottschaft in der ersten Kammer. Schlägt diese Hoffnung fehl und gelingen auch die vermutheten Amendements nicht, so wird man wahrscheinlich zu jener Idee der Vertagung des Schwurs und der vorläufigen Publikation zurück kehren, die vor der Ankunft des Generals aufgetaucht war.

Die „A. Z.-G.“ beharrt darauf, Herr v. Gerlach habe wirklich die Mission zur Bildung eines Cabinets gehabt, solle sich indes von vorn herein nicht ohne Bedenken jener Mission unterziehen und dieselbe gestern Morgen als unausführbar zurückgegeben haben. Ferner will sie wissen, es sei gleich nach dem heutigen Ministerrathe Beschl. ergangen, auch den Prinzen von Preußen hieher zu rufen.

† Breslau, den 29. Januar. Sehr zahlreich besucht war auch die gestrige Versammlung der hiesigen Wahlmänner, in welcher

vorzüglich der Staats-Anwalt Fuchs und Professor Röpell mit großem Beifall sprachen. Letzterer erklärte in glänzender Rede, er verleihe von einer konstitutionellen Regierung „nicht zu rütteln an Pressefreiheit und Geschworenengerichten“ und „daß kein Gesetz und keine Steuer ohne Bewilligung der Volksvertreter erlassen werde.“ Fuchs erklärte, er werde unbedingt Dasjenige annehmen, in welchem die Frankfurter Beschlüsse mit der 3 Königsverfassung übereinstimmen. Bemerkenswerth ist übrigens von dem Letzteren, daß er sowohl Wahlkandidat der „Eigentlichen“ als der „Monarchischkonstitutionellen“ ist und die meiste Aussicht hat, gewählt zu werden. — Was die Wahlen in der Provinz anlangt, so fanden sie unter ebenso geringer Betheiligung statt, als bei uns, und auch dort war eine unverfehlbare Gleichgültigkeit von bedeutendem Einflusse. — Mehr nimmt die überhandnehmende Unsicherheit vorzüglich die Bewohner des platten Landes in Anspruch. Glücklicherweise gelang es der Thätigkeit der Behörden, in der Nacht vom 23. zum 24. d. M., einen berüchtigten Räuber, Lauser, nebst 2 Genossen in der Umgegend von Nimpf nach heftigem Handgemenge gefangen zu nehmen.

Ah aus, den 27. Jan. Der Westphälische Merkur theilt aus Berlin folgendes mit: „Ungeachtet in den letzten Jahren die Ernten nicht so ergiebig als früher waren, sind doch jetzt alle Staatsmagazine mit Cerealien überfüllt. Das Verdienst dieser erfreulichen Thatsache dürfte hauptsächlich den landwirtschaftlichen Vereinen beizumessen sein, welche eine Schöpfung des würdigen Präsidenten des Landes-Deconome-Collegiums, des Hrn. v. Bededorf, sind. Wir können dabei hinzufügen, daß für die Leitung eines bekanntlich schon seit längerer Zeit beabsichtigten Ackerbau-Ministeriums neuerdings höhern Orts vornämlich auf Hrn. v. Bededorf das Augenmerk gerichtet ist.“

Dieselbe Nachricht, nämlich die Bildung eines Ackerbau-Ministeriums und zwar in der Person des v. Bededorf bringe die konstitutionelle Zeitung fast unter demselben Datum. Diese Nachricht ist in doppelter Hinsicht eine sehr erfreuliche zu nennen. Erstens ist ein Ackerbau-Ministerium ein längst gefühltes Bedürfnis. Preußens Hauptnahrungsquelle ist der Ackerbau; nur durch umsichtige Förderung der Landwirtschaft wird der Wohlstand unsers engern Vaterlandes nachhaltig steigen. Große Flächen — in Westphalen Hunderttausende von Morgen — geben als Oeden und Heiden fast gar keinen Ertrag; durch einen thätigen und umsichtigen Ackerbauminister, welcher die Urbarmachung durch Darlehne und Prämien fördert, und einen rationellen Ackerbau verbreitet, werden sie der Production zurückgegeben. Durch Urbarmachung und durch Verbreitung der neuen landwirtschaftlichen Verbesserungen, welche in andern Ländern bereits mit Erfolg ausgeführt sind, werden viele Hände lohnende Beschäftigung in der Landwirtschaft finden; dann wird auch die Auswanderung abnehmen, welche in den letzten Jahren in bedrohlicher Weise zugenommen hat. Sind alle Hände, welche jetzt gar keine oder keine lohnende Arbeit finden, naturgemäß beschäftigt, so werden die von Frankreich verbreiteten Lehren des Communismus und Socialismus hier ebensowenig Eingang finden, wie es in Belgien der Fall gewesen, welches in landwirtschaftlicher Hinsicht uns als Muster gilt.

Zweitens ist die erwähnte Nachricht eine sehr erfreuliche, weil ein praktischer Landwirt an die Spitze unserer Landwirtschaft gestellt wird. Theoretiker, Professoren haben den Landwirthen Vieles verlehrt, wie sich namentlich zur Zeit Friedrichs des Großen gezeigt hat. Unser würdiger von Bededorf ist eben so als praktischer Landwirt, wie als Schriftsteller geachtet. Seine neulich herausgegebenen gesammelten Schriften beschäftigen sich mit den Maasregeln, Veranlassungen und Mitteln, durch welche der Fortschritt des Landbaues im Ganzen und nach allen Seiten hin befördert und erleichtert werden könne.

An der Spitze seiner Schriften steht der beherzigende Ausspruch des Cicero: „Unter allen Beschäftigungen, die mit dem Erwerbe zu thun haben, giebt es keine, die edler, lohnender, wohlthuernder und eines freien Mannes würdiger wäre, als der Landbau.“

v. Bededorf begleitet diesen Ausspruch mit folgenden, ihn charakterisirenden Worten: „Derselbe mag hier noch einmal seine Stelle finden an der Spitze einer Sammlung von Schriften und Abhandlungen, deren Verfasser die volle Wahrheit jenes schönen Lobspruchs nicht bloß in ihrem ganzen Umfange anerkennen, sondern auch in einer eigenen — mehr als zwanzigjährigen Erfahrung — bewährt gefunden hat.“

Kiel, den 24. Januar. Die „Nordd. fr. Presse“ veröffentlicht heute das Schreiben an die Vertrauensmänner. Dasselbe lautet, wie folgt:

„In Gemäßheit eines ihm mitgetheilten allerhöchsten Befehls liegt es dem Unterzeichneten, einseitigen Chef des K. Cabinets-Secretariats, ob, den Herrn ***** zu eröffnen, daß Se. Maj. der König in der Fassung Ihrer am 27. December v. J. an Allerhöchstdieser gerichteten Vorstellung mit allergnädigstem Wohlgefallen den Ausdruck einer loyalen Gesinnung erkannt haben. Zugleich ist er aber angewiesen, den Bittstellern ausdrücklich anzuzeigen, daß Se. Maj. in Erwägung der hohen Wichtigkeit des Gegenstandes sich durch Ihre unzweifelhaft wohlmeinenden Äußerungen jedoch nicht habe bewegen lassen können, von der verlangten nähere schriftlichen Auseinandersetzung der dortigen Wünsche abzusehen, welche bereits mehrfach als unerlässliche Bedingung eines ferneren allerhöchsten Entschlusses bezeichnet wurden. Se. Maj. wollen daher die Bittsteller in dieser Beziehung auf die beiden abschriftlich anliegenden, durch den Unterzeichneten früher erlassenen desfallsigen Mittheilungen verwiesen haben, aus welchen die Herren die allerhöchste Willensmeinung des Näheren entnehmen, auch namentlich zu der Ueberzeugung gelangen werden, daß Se. Maj., während selbstverständlich von Unterhandlungen zwischen Unterthanen einer und derselben Monarchie überall nicht die Rede sein könne, vor der Hand lediglich nur gesonnen seien, mit landesväterlicher Huld die Wünsche und Ansichten der wohlgeleiteten dortigen Unterthanen durch Männer zu vernehmen, die sich zutrauen, eine wahrhafte Darstellung derselben zu unternehmen. Schließlich ist der Unterzeichnete beauftragt, den geehrten Herren anheimzugeben, ob sie ihre eventuelle allerunterthänigste Eingabe von dort übersenden wollen oder es etwa vorziehen möchten, dieselbe hier persönlich einzureichen. Kopenhagen, im Cabinets-Secretariat Sr. Maj. des Königs, den 11. Januar 1850. Blumh.“

Wie versichert wird, ist nunmehr in einem gestern abgehaltenen Staatsrath der Beschluß gefaßt, in Folge der Dänischen Antwort die Unterhandlungen als abgebrochen anzusehen, und die Vertrauensmänner werden somit nicht nach Kopenhagen gehen.

Vösterreich.

Wien, den 18. Jan. (Bresl. Z.) Die Kunde von dem plötzlichen

Tode des Generals Bem in der Türkei*), so wie von der Abführung der Polnischen und Magyarischen Flüchtlinge nach Kleinasien ist durch einen Privatbrief hieher gelangt und muß die Bestätigung wohl noch abgewartet werden, indem die Nachricht allzu sehr nach Romantik schmeckt, da bekanntlich Bem sich selber den Tod für das Jahr 1850 prophezeit hat. — Aus Ungarn vernimmt man, daß die Wölfe dergestalt ausgehungert sind, daß sie bei den Fenstern, und in verschauerter Gegend, z. B. in Sigeth, sogar zum Schornstein in die Häuser dringen, deren entwaflnete Bewohner sich lediglich mit den Aerten gegen die Bestien wehren müssen. — Deutsche Leser wird es interessieren, zu wissen, daß der Magyarische Insurgenten-General, Baron Stein, der vordem Hauptmann im K. K. Genie-Corps gewesen, und jetzt türkischer Aga ist, indem er mit Bem den Islam angenommen, ein Neffe des berühmten Stein ist, der als Gründer der Preussischen Städte-Ordnung verehrt wird.

Prag, den 19. Jan. Vor einigen Tagen reiste eine Deputation von hier nach Wien ab, um beim Ministerium die endliche Einverleibung der bisher ganz separat verwalteten Judenstadt (Prags 5. Hauptviertel) mit der Stadtgemeinde zu bewerkstelligen. Bereits haben mehrere jüdische Kaufleute in den bevölkerten Gassen der Stadt Läden eröffnet. — Das Blatt „Narodni Noviny“ ist verboten worden.

Schweiz.

Zürich, den 21. Januar. Die „Schweiz. B.-Z.“ bringt wegen der Sendung des Englischen Gesandten Lyons einen längeren Artikel als Wervahrung gegen die verschiedenen Nachrichten in manchen Blättern, wonach dessen Sendung intervenirende Motive zu Grunde gelegt werden. Da diese Zeitung als Organ des Bundes-Rathes angesehen werden kann, so theile ich Ihnen das Wesentlichste daraus mit: „Es kann uns zwar“ — äußert sie sich an einer Stelle — „wie gleichgültig sein, daß mehr oder minder günstige Berichte von uns an die Höfe gelangen, und wir sind deshalb dem abgegangenen Geschäftsträger sehr dafür verbunden, daß er unsere Verhältnisse in vortheilhafterem Lichte, als vor ihm, darstellte; allein wir sind auch vom Liberalismus Englands so überzeugt, daß wir die Möglichkeit einer Mitverbrüderung desselben zu unserem Untergang durchaus nicht denken können.“ An einer anderen Stelle heißt es: „Wir fühlen uns unabhängig genug, um trotz aller Gefahren der Welt unser gutes Recht zu üben, und denken nicht so kleinlich, daß wir die Bestimmungen über Rang und äußere Stellung nicht den betreffenden Mächten selbst überlassen sollten.“ Da man von mehreren Seiten sich durchaus gegen die Annahme fremder Gesandten in der Schweiz erklärte, so bemerkt die „Schweiz. B.-Z.“ darüber noch: „Ueberdies erblicken wir darin immerhin ein völkerechtliches Band der Freundschaft, ein Organ der gegenseitigen Erklärung und Vereinbarung.“ Man hatte in der Schweizer Presse so vielfach sich über Lyons' Sendung geäußert und gefabelt, daß eine offizielle Erklärung nöthig war. — Die Polnischen Flüchtlinge sind folgender Maaszen vertheilt worden: 4 nach Zürich, 7 nach Luzern, 3 nach Uri, 3 nach Schwyz, 2 nach Ob- und 2 nach Nidwalden, 2 nach Zug und 4 nach St. Gallen. — Es wird hier unter den Flüchtlingen ein Offiziers-Verein gegründet, bestehend aus ehemaligen Offizieren, dessen Zweck ist, Austausch der Meinung über die militair-wissenschaftlichen Fragen und deren praktische Anwendung.

Frankreich.

Paris den 24. Januar. Heute Nachmittag ward im Elysee-Ministerrath gehalten; wie es heißt, beschäftigte man sich mit eingetroffenen Depeschen aus Rom und Turin. — Der „Constitutionnel“ kündigt den Abschluß der Anleihe der päpstlichen Regierung für die nächsten Tage an. Rothschild übernimmt dieselbe und die nöthigen Vollmachten sind bereits hier angelangt. Der „Constitutionnel“ folgert hieraus die nahe Rückkehr des Papstes nach Rom und meint, mit Hilfe dieser Anleihe werde seine Regierung ihre Militärmacht neu organisiren und Frankreich sein Occupations-Heer demnach bald zurückrufen können. — Nach demselben Blatte haben mehrere Abtheilungen Marine-Soldaten Befehl erhalten, sich zur Einschiffung zu Breft nach dem La Plata fertig zu machen. Auch eine Compagnie der Marine-Artillerie soll dahin abgehen. Schon sind eine Fregatte, eine Dampfschiffe und eine Corvette als zur Expedition gehörig bezeichnet. Contre-Admiral Dubouche, dessen Ernennung zum Commandeur der Ehren-Legion heute der „Moniteur“ unter Erwähnung seiner Dienste in Algerien meldet, wird den Befehl der Expedition übernehmen. — Von den 46 am 16. November wegen des sogenannten legitimistischen Complots der Straße Ruffort verhafteten Personen sind jetzt nur noch 15 in Haft. Gestern entschied die Anklagekammer, daß dieselben, weil sie zu einer geheimen Gesellschaft, „die Legion des heil. Hubert“ genannt, gehört und sich an nichtautorisierten und nichtöffentlichen Versammlungen betheiligt haben, worin über politische Gegenstände verhandelt wurde, zur Aburtheilung vor die Assisen gestellt werden sollen.

In der heutigen Sitzung der National-Versammlung beschwert sich zuerst Duché (vom Berge) darüber, daß der „Moniteur“ berichtet, er sei zur Ordnung gerufen worden, obgleich der Vorsitzende, der ihn gestern irrthümlich zur Ordnung gerufen hatte, dies zurückgenommen; Duché äußert dabei: „Ich war weit entfernt davon, mich durch eine Unterbrechung einen Ordnungsruf einzuliefern, ich dachte vielmehr ganz im Stillen, was wohl die gefangenen Juni-Insurgenten zu Belle Isle sagen würden, wenn sie den Verhandlungen der National-Versammlung beiwohnen könnten, und ich glaube, sie würden gewiß die berühmten Worte wiederholen: Ich suche hier Richter und finde nur Henker!“ worauf Dupin entgegnet: „Wenn Sie dies nicht bloß gedacht, sondern geäußert hätten, so wären Sie auch gewiß dafür zur Ordnung gerufen worden.“ Hierauf wird zur weiteren Besatzung des Gesetzes über die Juni-Insurgenten geschritten. Nach Vereitigung eines Amendements von Sauterey zum vierten Artikel, wonach die legale Dauer der Transportation auf 3 Jahre beschränkt werden soll (das Gesetz will, daß dieselbe erst nach 10 Jahren ipso facto aufhören soll), wird ein Amendement des Generals de Lamoriciere discutirt, wonach jeder Gnadenact gegen die Juni-Insurgenten in Zukunft nicht mehr vom Präsidenten der Republik, sondern von der National-Versammlung allein ausgehen soll. Dieses Amendement

*) Unser Wiener Correspondent meldet hierüber folgendes, welches freilich noch der Bestätigung bedarf: „Nach einem verlässlichen Privatbriefen aus Syon vom 2. Jan. wird das Ableben des Insurgenten-Chefs Bem gemeldet. Es wird hinzugesetzt, er sei an Gift gestorben, und dies ist um so wahrscheinlicher, weil sich die Pforte gegen Rußland verbindlich gemacht hatte, denselben nicht in activem Dienst zu behalten und nach Asien zu verbannen. Der Divan, welchem der große Gehalt, der ihm ausgesetzt wurde, zu lastig gewesen sein dürfte, hatte sonach zu dem alttürkischen Mittel, ihn auf die Seite zu schaffen, gegriffen, denn es wird ausdrücklich bemerkt, dieser neue Amurad Pascha sei nun durch Gift beseitigt. Die Bestätigung steht zu erwarten. Am 12. Jan. sollten alle übrigen Verbannten aus Schumla nach Asien geschafft werden.“ (Bresl. Ztg.)

dement erregt einige Bewegung, weil es abermals das empfindliche Verhältniß zwischen der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt berührt. Lamoriciere rechtfertigt selbst sein Amendement mit der Ansicht, daß die Maßregel gegen die Juni-Insurgenten kein gewöhnlicher gerichtlicher Act, in Bezug auf den dem Präsidenten der Republik das Begnadigungsrecht zustehe, sondern ein revolutionäres Gesetz, ein rein politisches Ausnahmegesetz sei, dessen Verantwortlichkeit die National-Versammlung auf sich nehme, dessen Milderung sie sich aber auch selbst aus diesem Grunde vorbehalten müsse. Der Minister des Innern, F. Barrot, ruft die Bestimmung der Verfassung zurück, die dem Präsidenten das individuelle Begnadigungsrecht verleihe, und macht auf die Weitläufigkeit des Verfahrens aufmerksam, wenn jede passend erscheinende Begnadigung erst der Versammlung vorgelegt werden sollte. Sauterey wehrt sich gegen das Amendement im Interesse der Würde der Versammlung, indem er mit Bitterkeit der politischen Begnadigung von 1500 Juni-Insurgenten erwähnt, nachdem die Versammlung mit Beharrlichkeit jede derartige Maßregel zurückgewiesen hatte. Bei der Abstimmung fällt das Amendement zwar durch, allein ein großer Theil der Rechten erhebt sich dafür, und es ist nicht zu verkennen, daß dasselbe durchgegangen wäre, wenn die Linke sich nicht gänzlich der Theilnahme an der Abstimmung enthalten hätte. Der ganze 4. Artikel, wonach die Transportation ipso facto in 10 Jahren aufhöre, der Präsident der Republik jedoch auch vor Ablauf dieser Zeit nach eingeholtem Gutachten des Staatsraths individuelle Begnadigungen erlassen darf, wird endlich angenommen. Ueber den 5. Artikel, wonach nach drei Jahren denjenigen Insurgenten, die sich gut geführt haben, ein Stück Land nebst Wohnung überlassen werden soll, erhebt sich eine kleine Debatte über eine Beschränkung dieser von der Regierung vorgeschlagenen Concession, die von der Commission verlangt wird. Bei Postschluß wird zur namentlichen Abstimmung geschritten und Jules Favre's Amendement, den Regierungs-vorlag in dem Gesetz gegen die Juni-Insurgenten wieder herzustellen, mit 291 Stimmen gegen 290 (unter Vorbehalt der Berichtigung der Stimmzählung) angenommen. Die Discussion der übrigen Artikel des Ges. bis zum Art. 14. bietet nichts von Interesse dar. Bemerkenswerth ist nur, daß der Regierungsentwurf in vielen Punkten noch zum Nachtheil der Juni-Insurgenten durch den Ausschuss abgeändert worden ist und daß überall die Fassung des Ausschusses angenommen wird, wie z. B. die Frist von 7 Jahren statt 3 zur definitiven Erwerbung eines Landstücks, nebst Wohnung auf der Colonie, die Verschlebung des Transports der Familien der Juni-Insurgenten zu ihren Familienvätern auf unbestimmte Zeit, die Herabsetzung des verlangten Credits zur Einrichtung der Colonie von 3 Millionen auf 1 Million und dergl. Der letzte (14.) Artikel, wonach die Regierung bis zur Einrichtung der Colonie die Insurgenten in einer Festung Algeriens gefangen zu halten ermächtigt wird, ist ebenfalls ein Zusatz des Ausschusses, und wird von Jules Favre energisch bekämpft, als der Willkür der Exekutivgewalt in Bezug auf die Insurgenten zu viel Spielraum lassend und als eine grausame Verschärfung der Strafe wegen des Klimas von Algerien. Dieser Artikel wird jedoch auch angenommen, wie zuletzt mit 416 Stimmen gegen 203 das ganze Gesetz.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, den 18. Jan. (Berl. N.) Der „Russische Invalide“ enthält wiederum Kriegsberichte aus dem Kaukasus. Aus der jetzigen häufigen Wiederholung solcher Berichte geht wohl nur hervor, daß der Krieg wieder sehr lebhaft entbrannt ist. — Russische Blätter erfahren jetzt aus dem Journal des Debats die im vorigen Jahre auch durch viele Deutsche Zeitungen verbreitete Nachricht von der Einnahme der Festung Soischau durch Schamil, und von der später durch die Russen erfolgten Einnahme Achulgas, und berichten diese Nachricht dahin, daß es gar keine Festung Soischau gebe und Achulga schon im Jahre 1839 von den Russen genommen sei. — Die neulich mit electrischer Beleuchtung hier angestellten Versuche scheinen nicht glücklich ausgefallen zu sein.

Bermischtes.

Berlin. — Der bei der Kammerdebatte am 26. über die königliche Votschaft zwischen den Abgeordneten Grafen Renard und Bessler stattgefundene Konflikt soll Anlaß weiterer Erklärungen zwischen beiden Herren geworden sein.

Vor vier Wochen etwa wurde dem Vorstande des zoologischen Gartens von den Wärtern die Anzeige von dem eben erfolgten Tode eines Waschbären gemacht. Derselbe war aber aus seinem Käfig entsprungen und ist jüngst in der Gegend der Anhaltischen Communitation, wo er sich seitdem auf den Dächern und in den Gärten zum Ergötzen der Bewohner umhertrieb, wieder eingefangen worden. Ueber die Art und Weise der Flucht ist eine Untersuchung eingeleitet.

In wenigen Wochen dürfen wir dem Erscheinen einer höchst interessanten Schrift entgegensehen, nämlich den „Memoiren Klapka's“ des Felden von Komorn. Den Verlag derselben hat Otto Wigand übernommen, der zu diesem Ende vor Kurzem in Brüssel war und dort mit Klapka persönlich unterhandelt hat. Die Memoiren werden zwei Bände, beide etwa 40 Bogen stark, umfassen.

Kammer-Verhandlungen.

92te Sitzung der zweiten Kammer vom 28. Januar.

Präsident: Graf Schwerin. Gröfnung 12½ Uhr.

Am Ministertische: Hr. v. Brandenburg, v. Mantuffel, v. Kabe.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird gelesen und angenommen. Ein Schreiben des Präsidenten der ersten Kammer theilt mit, daß, nachdem das Gesetz über Errichtung der Gewerbetheile auch in erster Kammer angenommen worden, dasselbe dem Minister-Präsidenten mit den Beschlüssen beider Kammern überfendet worden sei.

Der Abg. Graf Stolberg (Hirschberg) hat sein Mandat niedergelegt.

Vom Abg. Bessler und Genossen ist ein Antrag folgenden Inhalts eingegangen: Die hohe Kammer wolle erklären: daß das Verfahren der Königl. Regierung gegen das Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin, auf Beschwerde eines Theils dortiger Ritterschaft, mit verschiedenen früheren Erklärungen der Königl. Regierung nicht übereinstimme.

Präsident erklärt, den Antrag der Kommission für deutsche Angelegenheiten überweisen zu wollen, dem die Kammer zustimmt.

Abg. Fröhner übergiebt eine Petition von über 700 Webern aus Nowawes, in welcher zur Sicherung vor gänzlichem Untergange darauf angetragen wird, in den Strafanstalten Weberarbeiten ferner nicht zu gestatten. Die Petition wird der Kommission für Handel und Gewerbe überwiesen.

Darauf wird das Rentenbankgesetz im Ganzen, wie es aus den

Abstimmungen der zweiten Kammer hervorgegangen ist, zur Abstimmung gebracht und genehmigt. Dasselbe geht demnach an die erste Kammer.

Die Kammer geht hierauf zur Berathung des Nachtrags zum dritten Budgetbericht über, von der Seehandlung, dem Staatschatz und dem Münzwesen handelnd.

Der Bericht über die Seehandlung giebt Veranlassung zu einer Debatte, an welcher sich die Herren v. Beckerath, v. Bodelschwingh (Hagen) und Harfort betheiligen. Der Letztere erwähnt des Gerüchts, daß die Seehandlung über 3 Millionen an Uebel geliehen und außerdem große Summen im Ueberbruch verwenden soll. Der Herr Finanzminister giebt beides zu. Wenn die 100,000 Thlr., die die Seehandlung jährlich an den Staat abliefern, in dem Budget von 1849 fehlen, so liege einfach die Ursache darin, daß sie im vorhergegangenen Jahre keinen Gewinn abgeworfen habe. Abg. Grützmaier weist auf die industrielle Bedeutung des Instituts hin. Abg. Wegener ist der Meinung, daß die Seehandlung mit unseren Staatseinrichtungen nicht mehr verträglich sei. Abg. v. Beckerath: Jene Anleihegeschäfte widersprechen entschieden unserer Verfassung. Die Seehandlung sei ein Staatsinstitut, sie dürfe jene Verbindlichkeiten nicht eingehen. Es sei Zeit, daß die ganze unklare Stellung dieser Anstalt aufhöre. Der Herr Finanzminister meint, die Seehandlung habe ein Recht gehabt, dergleichen Geschäfte zu machen. Er sehe einer Auflage auf Verfassungsverletzung getrost entgegen.

Nachdem noch die Abgeordneten v. Bodelschwingh (Hagen), v. Patow und der Berichterstatter (Abg. Hesse) gesprochen haben, wird abgestimmt. Der Antrag, daß dem künftigen Staatshaushalts-Etat ein Verwaltungsbericht der Seehandlung beigelegt werde, wird angenommen.

Eben so die übrigen Anträge der Commission, welche der Seehandlung die Unterstüzungen aus dem Dispositionsfonds entziehen, die Veräußerung ihrer Effecten und Einziehung ihrer Forderungen aufgeben u. s. w. Ferner daß dieselbe ihren Geschäftsbetrieb auf den ihr durch die Ordre vom 17. Januar 1820 ausdrücklich zugewiesenen Wirkungskreis beschränke. Ein Antrag, daß schon jetzt auf die Auflösung des Instituts hingewirkt werde, wird abgelehnt. Um 3 Uhr wurde die Debatte noch fortgesetzt.

Die Rede des Herrn Ministers von Mantuffel in der Sitzung der zweiten Kammer vom 26. Jan. lautet genau und vollständig so:

Ich habe mir gestern erlaubt, zu trennen zwischen den einzelnen Punkten der Königl. Botschaft. Ich habe dreizehn als solche bezeichnet, welche die Regierung für wichtig und heilsam hält, welche sie aber nicht als Kardinal-Punkte betrachtet. Bevor die hohe Versammlung in die Spezial-Diskussion eintritt, erlaube ich mir, diesen Gesichtspunkt noch etwas näher festzustellen. Ich bemerke im Voraus, daß gestern geäußert worden ist, es athme die Königl. Botschaft und unsere Vorlage ein gewisses Mißtrauen. Die Regierung ist sich dieses Mißtrauens nicht bewußt; aber sie hat allerdings die schmerzliche Wahrnehmung machen müssen, daß die Botschaft mehrfach mit Mißtrauen aufgenommen worden ist.

Man hat Vermuthungen daran geknüpft, die ich nicht wiederholen will. Ich bin aber ermächtigt, zu erklären, daß im Falle der Annahme der wichtigsten Punkte der Botschaft der Abschluß des Verfassungswerkes und die Beendigung jedenfalls erfolgen wird. (Bravo!) Die Vorlagen der Regierung, zu deren Berathung Sie, meine Herren, jetzt übergehen, kennen Sie Alle. Ich darf voraussetzen, daß sich Jeder von Ihnen eine Meinung darüber gebildet hat, und daß die Ausführung von Jir- oder Gegengründen kaum noch von Gewicht sein dürfte. Indessen halte ich es für Pflicht der Regierung, diejenigen Linien genau zu bezeichnen, über welche sie nicht hinausgehen zu können glaubt.

Ich halte es ferner für Pflicht, die Lage, in welcher die gegenwärtige Berathung stattfindet, die Situation, in welcher wir uns befinden, genau und gewissenhaft zu bezeichnen. Es wird mir das in mancher Beziehung nicht leicht, indessen habe ich zuweilen schon die Pflicht gehabt, Schweres zu unternehmen, und zuweilen hat ja mein Wort bei Ihnen eine gute Statt gefunden.

Als das Werk der Verfassungs-Revision so weit vorgeschritten war, daß beide Kammern diejenigen Veränderungs-Vorschläge, über welche eine Vereinigung zu erzielen gewesen, an die Krone hatten gelangen lassen, ist diese ihrerseits mit den in Rede stehenden Propositionen hervorgetreten. Es ist nicht meine Absicht, hier neuerdings zu erörtern, inwieweit die Krone daran wohlgethan, inwieweit sie den rechten Moment gewählt habe. Ich habe Sie gestern schon gebeten, was namentlich die Verzögerung betrifft, diese den Ministern beizumessen, und sie ihren Personen, nicht der Sache entgelten zu lassen. Nach dem Beschlusse der hohen Kammer war die Bildung der ersten Kammer der Beibehaltung des interimistischen Wahlgesetzes der künftigen Gesetzgebung vorbehalten; nach dem Beschlusse der Regierung soll dieselbe schon jetzt, und zwar in der Weise definitiv festgestellt werden, daß ungefähr die Hälfte aus erblichen und vom Könige ernannten, die andere Hälfte aus Wahl hervorgegangenen Mitgliedern bestehen soll. Das ist das Prinzip, welches dem Vorschlage der Regierung zu Grunde liegt, an diesem Prinzip muß die Regierung festhalten.

Sie ist aber nicht der Meinung, denjenigen Ansichten, die sich hier in der hohen Versammlung entwickeln möchten, in Bezug auf eine Abänderung, Verschiebung der Ausführung entgegen zu treten. Es kommt ihr wesentlich darauf an, daß das Prinzip, welches sie für die constitutionelle Monarchie für heilsam, für nothwendig erachtet, bei Abschluß der Verfassung nicht präkludirt ist. Sie wird sich aber auch mit den ihnen bereits vorliegenden Abänderungs-Vorschlägen des Grafen Armin, in welchen sie das Prinzip gewahrt sieht, einverstanden erklären, und die Annahme dieses Amendements wird die Regierung eben so betrachten, also wenn der Vorschlag der Regierung angenommen wäre. Es wird also auch in der Annahme dieses Amendements kein Hinderniß gefunden werden gegen die Vereidigung der Verfassung. (Schluß folgt.)

Locales etc.

Posen, den 31. Jan. Nach einer uns von dem hiesigen Königl. Ober-Post-Amt freundlichst und bereitwilligst gemachten Mittheilung werden heute Nachmittag die seit 2 Tagen fehlenden Eisenbahnzüge erwartet. Auch ist heute bereits ein Zug von hier abgegangen. Die Correspondenz von hier nach Berlin ist täglich einmal per Express auf dem Chausseeweg über Küstrin befördert worden.

Posen, den 31. Januar. So eben erfahren wir, daß unser bisheriger 2ter Commandant, Oberst von Helldorff, zum Commandanten von Wittenberg, dagegen der Oberst v. Köckeritz, bisher

2ter Commandant in Stettin, zum Commandeur des 5. Infanterie-Regiments ernannt worden ist.

ß Posen, den 31. Jan. Die Bromberger, heute hier angekommen Post ist, wie wir von dem dieselbe begleitenden Postbeamten erfahren, in der Nähe von Rogasen (5 Meilen von hier) von Wölfen angefallen worden. — Für „Bessergesinnte“ die Anzeige, daß vorgestern in der Wasserstraße ein Militär vom 8. Infanterie-Regiment auf dem polizeiwohlgefalligen Bürgersteige ausgeglitten und das Bein gebrochen.

h Birnbaum den 26. Januar. So wie es sich aus allen Vorzeichen schließen ließ, so ging am hiesigen Orte die Wahl für das Erfurter Volkshaus ziemlich theilnahmslos vorüber. Die Urwählerliste enthält 30 Wähler der ersten, 65 der zweiten und 201 der dritten Wahlklasse; erschienen waren aber nur 3 Wähler der ersten, 16 der zweiten und 24 der dritten Klasse, zusammen 43. Die größte Hälfte derselben gehörte dem Beamtenstande an und daher kam es wohl auch, daß nebst 2 Bürgern 4 Beamte Wahlmänner wurden. Wenn man zum Deputirten wählen wird, darüber verlautet noch nichts. Der frühere Deputirte für Frankfurt, der ehemalige Realschuldirector Kerst in Meseritz, soll schon als Kandidat für unsern und den Meseritzer Kreis aufgetreten und sich zu diesem Zwecke bei den Wahlmännern schriftlich empfohlen haben.

Viel mehr als an der genannten Wahl haben sich die hiesigen Einwohner an einer Sammlung für die hiesigen Armen betheiligt. Wenn man bedenkt, daß schon so manche andere Sammlung für ähnliche Zwecke voran ging, so verdient es gewiß öffentliche Anerkennung, daß diese Kollekte außer einer Menge Kleidungsstücke und Naturalien die Summe von 55 Rthlr. eingebracht hat, für welche von der Armen-Kommission Lebensmittel und Holz angekauft und an die Nothleidenden vertheilt worden ist.

p Bronke, den 28. Januar. Bei der hiesigen Wahl hatten sich von der Polnischen Partei nur zwei, ein Königl. Beamter und ein Preuß. Landwehrmann betheiligt und gaben Deutschen conservativen Mitgliedern ihre Stimme. Die Wahl ging mit musterhafter Ordnung vor sich, es wurden nur streng conservativ gestimmte Wahlmänner gewählt, und zwar der Bürgermeister Volkmann, Dr. Sebaner, Schönfelder Seibel und die Kaufleute Rieß und Lippmann. (Hiernach ist der Bericht in No. 29. dieser Zeitung zu vervollständigen.)

z Krotoschin, den 30. Jan. Die zur Wahl des Erfurter Deputirten nach Ostrowo beschiedenen Wahlmänner scheinen sich in ihren Vorwahlen dem Vernehmen nach darüber geeinigt zu haben, den Kreisphysikus Dr. Goeben hieselbst als Kandidaten aufzustellen. Wir können wohl auf ein günstiges Resultat hoffen um so mehr, als dieser verdienstvolle Mann bereits als Abgeordneter in der Frankfurter Versammlung für die Posener Angelegenheiten wirksam gesprochen und sein reges Interesse für diese Provinz an den Tag gelegt hat. Insbesondere durften die Bewohner des Krotoschiner Kreises diese Wahl wünschen, da zu erwarten steht, daß Herr Kreisphysik Goeben als Bewohner von Krotoschin auch die Interessen der Stadt wahrnehmen und fördern wird.

Die Stadt Ostrowo hat sich in neuester Zeit vieler Wohlthaten zu erfreuen und dazu dürfte die Unterbringung des Schwur-Gerichts daselbst und der Umstand zu rechnen sein, daß die Wahlen der Deputirten schon mehrere Male dort abgehalten worden sind. Krotoschin hat dadurch mancherlei und namentliche Verluste erlitten. Um deshalb dürfte der zweite Kandidat, Landrath v. Roeder in Ostrowo, bei den Krotoschiner Wählern wohl keine sichere Aussicht haben, da man hier die der Stadt Ostrowo seit einiger Zeit gewährten Wohlthaten seinem Wirken zuschreibt, was wohl auch der Fall sein dürfte.

z Aus dem Krotoschiner Kreise den 27. Januar. Wir vernahmen sehr häufig Klagen aus dem benachbarten Gzaarenreiche über Willkürlichkeiten und Bedrückungen, welche sich die dortigen Beamten zu Schulden kommen lassen und sind dann froh, daß ein gleicher Zustand bei uns nicht stattfindet, da die große Mehrzahl der hiesigen Beamten eine ehrenhafte und humane Gesinnung und Handlungsweise offenbaren. Wir sagen: „die große Mehrzahl“, denn keine Regel ist ohne Ausnahme. Behufs Beseitigung solcher Ausnahmen veröffentlichen wir hiernit folgendes Faktum.

Durch den im vergangenen Jahre wiederholt erlittenen Hagelschaden fanden sich die dem Fiskus grundzinspflichtigen Bewohner der Wytkower Parzellen veranlaßt, die Königl. Regierung zu Posen um Stundung der Grundzinsen zu bitten. Die Regierung gewährte diese Bitte, indem sie die zu Georgi d. J. zu zahlende Rate zu fünften bewilligte. Die Betenenden, der Meinung, daß sie im Frühjahr wegen der vielleicht höheren Getreidepreise eher, als im Herbst im Stande sein würden, die Zinsen zu bezahlen, wendeten sich wiederholt an die betreffende Regierung, um die Stundung für die zu Martini v. J. fällige Rate zu erlangen. Unterdeß verfügte das Domainen-Resortamt zu Rozmin die Exekution. Die Parzellisten beriefen sich, als der Exekutor erschien, auf die von der Königl. Regierung zu erwartende, jedenfalls günstige Antwort, zahlten nicht, sollten aber pro Parzelle 1 Rthlr. Exekutions-Gebühren bezahlen. Sie legten sich aufs Handeln und kamen billiger weg. Nicht lange darauf erschien der Exekutor wieder. Da die betreffende Antwort von der Regierung noch nicht erfolgt war (sie ist kurz darauf und günstig lautend eingegangen, aber leider zu spät, da die Parzellisten die Martini-Rate größtentheils bezahlt hatten, um den Exekutionen zu entgehen), so wurde die Einziehung der Grundzinsen zwar unterlassen, aber desto strenger die Exekutionsgebühren eingefordert. Ein armer, nur wenige Morgen besitzender Mann, konnte die auf ihn fallenden 6 Sgr. nicht sogleich aufbringen und mußte deshalb seine einzige Kuh als Pfandstück zum Hofe hinaus wandern sehen.

Der Gepändete erhielt die Kuh vom Ortschulzen, bei dem sie eingestellt war, zurück; einestheils, weil der Letztere menschlicher dachte, anderentheils weil er an der Berechtigung des Exekutors, wegen 6 Sgr. ein Pfandstück im Werthe von 15—20 Rthlr. zu nehmen, zweifelte. Der Exekutor hat sich seitdem nicht mehr um das Verbleiben der Kuh gekümmert.

z Aus dem Schildberger Kreise, den 27. Jan. Nach den Nachrichten, welche uns zugekommen sind, zeigt sich in dem benachbarten Polen eine große Menge Wölfe. Von Hunger getrieben, nähern sie sich den menschlichen Wohnungen. Bei dem Boleslawice gegenüber liegenden Dorfe Melesin soll ein Kustischer Grenzaußseher von ihnen angegriffen, zerrissen und verzehrt worden sein. Es ist schlimm, daß man ohne Feuerwaffen, die man jenseits nur mit Regierungserlaubnis haben darf, diesen Raubthieren wenig anhaben kann. — Das Thermometer stand gestern und vorgestern 20° unter Null; heute ist Schneegestöber bei 10° Kälte. Niemanden können die Kinder wegen des großen Frostes und wegen des tiefen Schnees die Schule besuchen. Ein Glück ist es für die Dörfer an der Schlesiischen Gränze, daß der Besitzer der Herrschaft Wartenberg ein Stück Wald einschlägt; dadurch haben sie

Arbeit und billiges Holz. Sie sind natürlich zufrieden, wenn sie den Abraum kaufen können. Das Polnische Geld coursirt wieder wie sonst.

z Bromberg, den 29. Jan. Die Effecten des 18. und 14. Infanterie-Regiments gingen in diesen Tagen von hier ab, um ihren Regimentern, die bekanntlich aus dieser Gegend verest sind, nachgeschafft zu werden; die Sachen des ersten kommen von Graudenz, wo das Regiment im vorigen Jahre seine Garnison hatte, und gehen nach Köln, die des andern werden von hier aus nach Berlin geschafft. Es sind mehrer Hundert Centner von Gewehren, Tornistern, Montirungen, Stiefeln etc., die in Kisten und Lomien ganze Züge von Schlitten beladen. Das 14. Reg. wird dem Vernehmen nach zum Frühjahr nach Baden gehen. — Bei dem in diesen Tagen eingetretenen Thauwetter ist die Bräse so angeschwollen, daß man täglich ein Ueberretren derselben über ihre Ufer erwartet; auch die Weichsel hat die Eisbede gehoben und hat einen außerordentlich hohen Wasserstand erreicht. Wenn die großen, in unserer Gegend liegenden Schneemassen nicht nach und nach fortgehen, so ist zum Frühjahr eine Ueberschwemmung dieses Stromes unaussprechlich. Uebrigens hatte die Weichsel schon im Anfange Decembers durch mehrer Eisstopfungen eine sehr bedeutende Höhe erreicht, und die ganze Niederung war schon damals in der Gefahr, unter Wasser gesetzt zu werden.

z Zur Chronik Posen's. (Fortsetzung.)

Die Wage oder die Börse (gielda). Die Polnischen Monarchen aus dem Hause der Piasten und Jagiellonen beschenkten Posen mit verschiedenen Vorrechten, um seinen Handel zu erhöhen, so daß es schon vom 13. Jahrh. ab als der wichtigste Handelsplatz des alten Polens betrachtet wurde. Man kann daher leicht vermuten, daß die Stadt einen ausgebreiteten Handel mit dem Auslande führte, und da sie gewissermaßen als Stapelplatz galt, so mußte sie auch eine Börse haben. Spuren derselben finden sich schon im 13. Jahrh., denn in den Privilegien vom Jahre 1280 verlieh Przemyslaw der Stadt auch das Vorrecht, eine Börse zu errichten (theatrum, quod dicitur in theutonico „Kameras“). Es scheint daher die Vermuthung nicht unbegründet, daß die Errichtung einer Börse in die Zeit fällt, wo der Stadt das Magdeburger Recht verliehen wurde (1253). Das Gebäude jedoch, welches heute „Handelsaal“ oder Wage genannt wird, ist nicht das von Alters her; von der Börse aus der Zeit Przemyslaw's ist auch nicht eine Spur übrig geblieben; es war sogar schon unter der Regierung Wladislaw Jagiello's (1430) von der ursprünglichen Börse nichts mehr vorhanden, weil dieser Monarch, indem er 1394 die Stadt zu einem Handelsplatz privilegierte, derselbe gestattete, eine Börse behufs Niederlage der Waaren ausländischer Kaufleute einzurichten. Das Wagegebäude, welches noch heute neben dem Rathhause steht, ist ein Werk aus dem 15. Jahrh.; erbaut wurde es 1470 von dem damaligen Stadtsecretär Martin auf Kosten der Stadt; wurde jedoch zur Zeit Sigismund I. oder Sigismund August's umgearbeitet, was nicht nur aus dem Baustyl, sondern vor Allem aus den feineren Fensterverkleidungen zu erkennen ist, welche den Stempel der Bauwerke des 16. Jahrh. an sich tragen. In diesem Gebäude hielt die Kaufmannsbrüderschaft ihre Zusammenkünfte; in ihm legten die aus Deutschland mit Waaren kommenden Kaufleute bei ihren Durchreisen ihre Waaren auf 3 Tage zum Verkauf nieder; in ihm war die Stadtwage (woher der Name des Gebäudes Wage), die der Stadt erhebliche Einkünfte brachte. Gewöhnlich wurde sie in Pacht gegeben; auch schenkte die Stadt seit 1646 dort Bier etc. Als die Wismuthen Brüder unter der Regierung Stanislaus August's die Freiheit zur Ausübung des öffentlichen Gottesdienstes in Posen wiedererlangten, diente ihnen dieses Gebäude als Betstuhl.

Das Zeughaus. Posen, von Festungswerken umgeben, deren Erhaltung und Vertheidigung dem Magistrat oblag, hatte schon seit dem 16. Jahrh. sein eigenes Zeughaus. Dieses stand am Ringe, der Börse gegenüber zwischen den Herings- (Schmuck-) Buden und den Fleischbänken. In spätern Zeiten wurde es als Gefängniß benutzt, und jetzt ist es Eigenthum des Kaufmanns Freudenreich, der es zu einer Effigfabrik eingerichtet hat. In diesem Zeughause befand sich eine beträchtliche Anzahl von Kanonen, meistens aus Eisen verfertigt, von Gewehren und Munition verschiedener Art. Die Schwedischen Soldaten unter der Regierung August II. sowohl, wie der bekannte Feldherr der Conföderirten, Oniazdowski, entloßten das Posener Zeughaus von seinen bedeutenden Vorräthen, und seit jener Zeit wurde es nie mehr gehörig mit Waffen versehen. Zu den Zeiten Stanislaus August's war hierin eine königliche Salzfactorie. *)

Die Hauptwache. Da die Stadt eine eigene kleine Miliz halten und öfters sogar ein Kronheer zur Verstärkung aufnehmen mußte, so war auch eine Wache erforderlich. Hiervon sind jedoch erst Spuren seit dem 18. Jahrhundert vorhanden. Sie stand an derselben Stelle, wo sie heute noch steht und war ursprünglich von Holz erbaut. Zu den Zeiten Stanislaus August's ließ jedoch der großpoln. General und Groß-Kron-Marschall Kasimir Racynski, weil er die Stadt zu verschönern strebte, die alte Hauptwache abbrechen und erbaute auf Kosten des Königs Stanislaus August ein massives Wachgebäude, welches heute noch den großen Ring ziert. Zu welcher Zeit diese in dorischen Stil erbaute Hauptwache errichtet wurde, lehrt die an der Fassade angebrachte, in Stein gegrabene Inschrift: „Stanislaus Augusti Regis Poloniarum Desolatorum Civitatum Restauratoris Munificencia Casimiri Racynski Marschali Curiae Regni Majoris Poloniae Generalis etc. Opus In Protectionem et decorem Posnani. Erecta An. Dom. MDCCXXXVII.“

(Fortsetzung folgt.)

Berichtigung. Durch ein Versehen ist in der gestrigen Kunst-Notiz im Motto aus Schillers Mäunerwürde: „Ich bin ein Mann, wer ist es mehr“ das Wort „es“ weggeblieben.

Es sind mehrfach anonyme Einsendungen im Briefkasten der Redaktion vorgefunden worden. Wir machen das Publikum darauf aufmerksam, daß dergl. keine Aufnahme finden, indem die Redaktion die Betretung derselben nicht übernehmen kann. Inserate sind vielmehr entweder in der Expedition oder im Redaktions-Bureau und zwar durch den Verfasser selbst, oder durch solche Personen, die dessen Namen und Stand glaubhaft zu nennen im Stande, abzugeben.

*) Außer dieser Niederlage hatte die Regierung noch eine Salzsoole (Zupa solna) bei dem Dominikanerkloster. Dies war ein ziemlich geräumiges, aber hölzernes Gebäude, welches seinem Zwecke darum nicht entsprach, weil es häufig durch Ueberschwemmungen litt und deshalb der Regierung große Verluste verursachte.

Die Wahl für den Reichstag in Erfurt.

Bei der Wahl für den Reichstag in Erfurt am 31. Januar hat in Posen die Partei des Vereins für König und Vaterland einen entscheidenden Sieg gewonnen. Ist es ihr auch nicht gelungen, einen ihrer eigenen Kandidaten, von denen übrigens keiner selbst als Bewerber aufgetreten war, durchzusetzen, so hat sie doch alle einheimischen Kandidaten der Gegner unmöglich gemacht, indem schon in der Vorwahl die Kandidaten jenes Vereins durch Stimmenmehrheit alle einheimischen aus dem Felde schlugen. Um nun den von dem Verein schließlich festgehaltenen Kandidaten zu schlagen, blieb der Gegenpartei kein anderes Mittel übrig, als erstens diesen Kandidaten nach dem guten Muster der vor- wie nachmännlichen Feindschaft gegen alles lebendige rechtschaffene Christentum als „Pietisten“ zu verächtlichen, und zweitens selbst einen Mann der entschiedenen Rechten aufzustellen, den Hrn. Minister Flottwell, für welchen bei dem guten Klange seines Namens in der Provinz es keine Kunst war, namentlich unter den Landeuten, Stimmen zu werben, und welchen die Partei des Vereins für König und Vaterland selbst gewählt hätte, wenn auch nur die mindeste Aussicht auf Annahme der Wahl von Seiten des Hrn. Flottwell obgewalt hätte. Denn die Meisten werden wohl wissen, daß Hr. Flottwell im August v. J. nach 8 Tagen schon sein Mandat für die I. Kammer in Berlin niederlegte, weil er seine amtliche Stellung in Königsberg für wichtiger hielt, und daß es daher kaum denkbar ist, daß er jetzt diese Stellung verlassen sollte, um nach Erfurt zu gehen. Wollte er das aber, so wird er jedenfalls da gewählt, wo er jetzt wirkt und überdies seine Heimath hat, wo man also jeden Augenblick sich vergewissern kann, ob er die Wahl annimmt, so daß er längst gebunden sein wird, ehe er von der hiesigen Wahl Kunde erhält. Im günstigsten Fall ist also nur eine Doppelwahl zu erwarten. Nur aus diesem Grunde hat auch die Partei des Vereins für König und Vaterland bei ihrem Kandidaten consequenter Weise festgehalten, ob sie schon anerkennt, wie sehr es zu wünschen, daß ein solcher Ehren-Mann, wie Hr. Flottwell, der für die Provinz sich so hoch verdient gemacht hat, auf dem Reichstage in Erfurt nicht fehlt, und daß jede Wahlmänner-Versammlung sich selbst ehrt, wenn sie ihm das Mandat giebt. Bei der endlichen Abstimmung wurde von 145 Stimmenden Hr. Flottwell mit 95 Stimmen gewählt.

Stadt-Theater in Posen.

Freitag den 1. Februar: Zum Erstenmale: Glück und Talent, oder: Die Preisschrift über die Einkommensteuer; Schauspiel in 5 Akten von C. Zwengsahn.

Concert-Anzeige.

Sonnabend den 2. Februar wird der Clavier-Virtuose **F. Smolar** im Saale des Bazar ein Concert geben.

Billetts zu 1 Thlr. sind in den Buchhandlungen der Hrn. Gebr. Scherf und Mittler zu haben. — Das Nähere wird der Anschlagzettel bekannt machen.

Für die im Guhrauer Kreise Verunglückten sind ferner bei uns eingegangen:

Von Major v. Bünting 1 Rthlr.; C. v. P. 1 Rthlr.; J. v. B. 1 Rthlr. Zusammen 186 Rthlr. 21 Sgr. 3 Pf., 4 Louisd'or und 2 Th'or.

Für die Armen hiesiger Stadt sind eingegangen: von C. v. P. 1 Rthlr.; Kl. 1 Rthlr. Zusammen 25 Rthlr. 20 Sgr.

Posen, den 30. Januar 1850.

Die Zeitungs-Expedition von W. Decker & Comp.

Die heute Nachmittag um 1½ Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner Frau von einem gesunden Mädchen zeige ich statt besonderer Meldung ergebenst an.

Kazmirz, den 29. Januar 1850.

J. F e h l a n.

Die heute erfolgte glückliche Entbindung meiner Frau, Pauline geb. Hildebrandt, von einem Knaben zeige ich hiermit ergebenst an.

Schwerfenz, den 30. Januar 1850.

L h ö n e r t, evangel. Prediger.

Bekanntmachung.

Die Kommunal-Behörden haben mit Bewilligung der hiesigen Königlichen Regierung und der Königlichen Ministerien beschlossen, den §. 14. des Statuts für die hiesige städtische Pfandleih-Anstalt vom 2. November 1846 dahin abzuändern:

daß fortan die Zinsen für gegen Pfänder gewährte Darlehne zu 12½ Procent berechnet und erhoben werden.

Dies wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Posen, den 17. Januar 1850.

Der Magistrat.

Nothwendiger Verkauf.

Kreis-Gericht zu Schroda.

Erste Abtheilung — für Civilsachen.

Das im Großherzogthum Posen im Posener Regierungsbezirk und dessen Schrodaer Kreise belegene adlige Rittergut Komorniki nebst dem Borwerk Blyno, abgetheilt auf 45,158 Rthlr. 3 Sgr. 1 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 17ten Juni 1850 Vormittags 10 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Nothwendiger Verkauf.

Kreis-Gerichts-Deputation zu Gostyn.

Das unter No. 7. in der Stadt Sandberg belegene Grundstück, abgetheilt auf 459 Rthlr. 25 Sgr. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

Hr. Franz erhielt 50 Stimmen. Nach aller vernünftigen Berechnung ist daher eine zweite Wahl zu erwarten.

Angekommene Fremde.

Vom 31. Januar.

Hôtel de Bavière: Die Gutsb. v. Starzyński a. Schlawie u. Sghnie a. Stelino; Rfm. Scheibert a. Stettin; Oberamtm. Burghardt a. Weglewo. Bazar: Inspektor Nilau a. Kofen; Gutsb. Morawski a. Kotowicko; Artist Szepanowski a. London; Eigenth. Retowski a. Rudniczko; Lehrer Karczewski a. Boguschn. Laut's Hôtel de Rome: Die Kaufm. Kynast a. Leipzig; Alexander a. Berlin u. Bogt a. Bremen. Schwarzer Adler: Direktor Veschner a. Owinst; die Gutsb. Musolf a. Zdzichowo u. Vandelow a. Latalice. Hôtel à la ville de Rome: Probst Zajacki a. Neustadt b. P. Rfm. Gafmann a. Dresden. Hôtel de Berlin: Doktor Ehrlich a. Jarocin; Gutsb. v. Koszucki a. Maguniewicz; Rfm. Schweiger a. Berlin; Apotheker Krzewski a. Breslau. Hôtel de Paris: Probst Balenki a. Bomst; Pächter J. Zschlinski a. Brzostownia; Gutsb. J. Zollocki u. Pächter K. Szepaniak a. Malice. Hôtel de Pologne: Distr.-Kommiss. Böhm a. Nello; Mühlent. Sundt a. Schwerfenz; Gasthofbes. Gläner a. Pudewitz; Prediger Pirte a. Santomysl; Biraermst. Schneider a. Ryskowo. Krug's Hôtel: Eisenbahnmeister A. Gröndler a. Bromberg; Maler Zwolski a. Gnesen. Im Eichborn: Die Kaufm. Walke a. Pinne; Busse a. Rogasen; Wein a. Tirschtiegel; Jonas u. Przybicki a. Pleschen; Kaufmannsohn Lachmann a. Schubin; die Altobaten Said ben Ali, Ibrahim ben Said, Aslem ben Said, Habib ben Mohamit a. Marokko; Inspektor Wehr a. Trzcianka. Zur Krone: Die Kaufm. Czapski a. Breslau; Reich a. Inowracław; Kwisicki a. Neustadt a. W.; Inspektor Tiedemann a. Linde b. P. Drei Lilien: Wirtsch. Berw Zapakowski a. Gomarzan; Konditor Kaiser a. Samter.

Markt-Bericht.

Posen, den 30. Januar.

Weizen 1 Rthlr. 21 Sgr. 1 Pf. bis 2 Rthlr. Roggen 26 Sgr. 8 Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf. Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Hafer 15 Sgr. 7 Pf. bis 18 Sgr. 11 Pf. Buchweizen 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Erbsen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf. Heu der Gutm. zu 110 Pfund 20 Sgr. bis 25 Sgr. Stroh das Schock zu 1200 Pfund 5 Rthlr. bis 6 Rthlr. Butter ein Faß zu 8 Pfd. 1 Rthlr. 15 Sgr. bis 1 Rthlr. 20 Sgr.

Berliner Börse.

Den 28. Januar 1850.	Zinsf.	Brief.	Gold.
Preussische freiw. Anleihe	5	107	106½
Staats-Schuldscheine	3½	89	88½
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	104½	103½
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	5	105½	105
Westpreussische Pfandbriefe	3½	91½	90½
Grossh. Posener	4	—	100½
Ostpreussische	3½	—	90½
Pommersche	3½	—	—
Kur- u. Neumärk.	3½	96½	95½
Schlesische	3½	—	—
v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	94½	93½
Friedrichsd'or	—	13½	13½
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	12½	12½
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	91½
Prioritäts-	4	96	—
Berlin-Hamburger	4	—	80
Prioritäts-	4½	—	100
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	66½
Prior. A. B.	4	—	93½
—	5	—	102½
Berlin-Stettiner	4	105	—
Cöln-Mindener	3½	—	95½
Prioritäts-	4½	—	100½
Magdeburg-Hallberstädter	4	—	—
Niederschles.-Märkische	3½	—	84½
Prioritäts-	4	95½	—
—	5	—	104
—	5	—	103
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	—	106½
B.	3½	105	—
Rheinische	—	—	—
Stamm-Prioritäts-	4	78	—
Prioritäts-	4	—	—
v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4	66½	—
Stargard-Posener	3½	—	84½

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

am 26. April 1850 Vormittags 10 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Alle unbekannten Realpräcedenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden.

Die unbekannten Erben der verstorbenen Amalie Hentschel gebornen Florecka und der verewitteten Dorothea Hentschel werden ebenfalls hierzu öffentlich vorgeladen.

Da ich mir schmeichle, eine der hochfeinsten und reichwolligsten Schaafherden Schlesiens zu besitzen, so erlaube ich mir an Kenner der Schaafzucht eine Anzahl sehr edler Sprungböcke, 150 Stück Schaaf-Muttern, welche seit dem 1. Januar d. J. von sehr edlen Böden gedeckt wurden, nebst 100 Schöpfen, als Vollträger zum Verkauf anzubieten; doch könnten des weiten Transportes wegen auch gelte Schaaf verkauft werden.

Mittelschne b. Glas in Schlessen, im Jan. 1850.
Theodor Freiherr von Lüttwich.

Im Bureau des R.-Anwalt Wolff zu Inowracław findet ein, auch im Uebersehen ins Polnische geübter Schreiber, bei 15 Rthlr. Gehalt pro Monat, dauernde Beschäftigung. Meldungen bis zum 16. Februar.

Ein noch fast neues birkenes Billard ist billig zu verkaufen.
C. V i r t e l,
Jesuitenstraße No. 8.

Wegen Ortsveränderung ist Gerberstraße No. 47., dem „schwarzen Adler“ gegenüber, eine Wohnung von 3 Stuben und Küche nebst Zubehör, vom 1. April ab billig zu vermieten.

Markt No. 89. ist im ersten Stock vorne heraus eine große möblirte Stube vom 1. Februar ab zu vermieten. Näheres beim Eigenthümer daselbst.

Venetianerstraße No. 18. hat sich ein braun und weißgefleckter Jagdhund eingefunden. Der unbekannte Eigenthümer kann denselben bei Gerner in Empfang nehmen.

Regelmäßige Post-Dampfschiff-Fahrt

zwischen

Hamburg und New-York,

Expedition durch

Knorr & Janzen.

Das dem Rheber R. M. Sloman gehörige neue, prachtvolle, eigens zu dieser Fahrt erbaute, mit eleganten Kajüten versehene große Hamburger

Dampfschiff „Selena Sloman“,

(das erste transatlantische unter Deutscher Flagge),

geführt von dem bekannten Capitain P. R. Paulsen, wird in diesem Jahre wie folgt direkt von

Hamburg nach New-York expedirt:

am 6. April, 15. Juni, 24. August, 31. Oktober.

Der Passagepreis beträgt in 1. Kajüte 150 Rthlr., in 2. Kajüte 80 Rthlr., und im Zwischendeck 50 Rthlr., sämmtlich inclusive Beköstigung.

Regulaire Segel-Packet-Schiffahrt

von Hamburg nach New-York.

Die großen eigens zur Passagierfahrt erbauten schnellsegelnden, gepupferten dreimastigen Packet-Schiffe desselben Rhebers, ebenfalls mit allen möglichen Bequemlichkeiten für Reisende und Auswanderer versehen, werden in diesem Jahre wie folgt abgehen:

Leibnitz, Capitain Jörgensen, am 1. März und 15. Juni,
Herschel, = Wienholtz, = 15. = und 1. Juli,
Newton, = Niemann, = 1. April und 15. Juli,
Gutenberg, = Flor, = 15. = und 1. August,
Franklin, = Koluffs, = 1. Mai und 15. =,
Miles, = Arianzen, = 15. = und 1. September,
Howard, = Jacobs, = 1. Juni und 15. =

ferner ebenfalls schnellsegelnde erster Klasse stehende Schiffe

von Hamburg nach New-Orleans:

am 1. April, 15. April, 1. September, 1. Oktober;

von Hamburg nach Quebec:

am 15. April, 1. Mai, 15. Mai, 1. Juni, 15. Juni;

von Hamburg nach Australien, Port Adelaide und Melbourne:

am 1. April, 1. Juni, 1. August und 1. Oktober.

Zur Annahme und Beförderung von Passagieren mit oben genannten Schiffen empfehlen wir uns unter Zusage der gewissenhaftesten Behandlung und der billigsten Passagier-Preise.

Im Jahre 1848 wurden von Hamburg in Allem 7391 Passagiere, davon durch uns allein 4120

Passagiere expedirt; 1849 = = = 5489 = = = , davon durch uns allein 2784 Passagiere expedirt.

Nähere Auskunft ertheilen auf portofreie Anfragen unsere auswärtigen Herren Agenten, in Posen Herr **George Treppmacher**, so wie wir auf das Bereitwilligste.

Knorr & Janzen,

Allgemeines Auswanderungs-Bureau in Hamburg.

Indem ich dem theilhaftigen Publikum hiermit anzeige, daß bis heute von den Herren Vorstehern des

Heiraths-Ausstattungs-

und

Sterbe-Bereins

für

die Provinz Posen

an mich die Summe von 1415 Thaler für eingezogene Einkaufsgelder gezahlt worden ist, ersuche ich die geehrten Mitglieder, welche bis jetzt noch kein Einkaufsgeld eingezahlt haben, dies baldigst bei dem betreffenden Herrn Vorsteher zu thun.

Herrmann Baarth,

Rendant.

Die beliebten Hamburger Morenita-Cigaretten empfiehlt
Remat
Wilhelms-Platz No. 13.

Bistens- und Fantasie-Tracks

sowie

Ball-Westen

nach neuestem Schnitt

empfehlen die Tuch- und Herrenkleiderhandlung von

Joachim Mamroth,

Markt 56. 1 Treppe.

Rothen und weißen Kleesaamen in allen Qualitäten, Steinflee, acht französische Luzerne, acht Englisches Klee, Thymothee, Schaafschwingel- und andere Sorten Grassaamen, so wie neuen Rigaer und Bernauer Kron-Säe-Kleesaamen offerirt zu billigen Preisen

J. S c h w o l o w,
Stettin, Schuhstraße 148.

Aechte **Hamburger Cigarren** empfiehlt
M. Cohn, Friseur, Neustadt 5.

Dinte von ausgezeichneter Schwärze, à Quart 6 Sgr., in größeren Quantitäten billiger, ist zu haben bei J. W. Giller, Schifferstraße No. 10.

Dr. Alaprot's Frostsalbe, zur gründlichen Heilung der Frostbeulen und erfrorenen Glieder vielfach bewährt, empfing der Parfumeur **Klawir**, No. 14. Breslauerstraße.

Der Verfasser des Artikels in dieser Zeitung No. 18, Xio ns, den 18. Januar, welcher zugleich als Trabant des menschenfreundlichen Seelforgers auftritt, ist ein Lügner, wenn er behauptet, daß für die am 16. d. Mts. erfroren gefundene Otto vom Unterzeichneten nichts geschehen.
Xions, den 28. Januar 1850.
Der Bürgermeister Hannig.